

«Der Druck wird stärker»

Interview von Markus Somm, „Die Weltwoche“, mit Klaus Schwab (Januar 2005)
(Quelle: © Die Weltwoche Nummer 4, vom 27.01.2005, Seite 49-51)

„Die Weltwoche“: **Europas Zukunft ist düster, sagt WEF-Gründer Klaus Schwab. Die zentralen Werte des Kontinents lösen sich auf, und nichts kommt danach. Amerika hat es besser. Das Verhältnis zwischen den USA und Europa ist gestört. Manche glauben, dies liege einzig an George W. Bush. Sehen Sie tiefere Ursachen?**

Wer sich nur auf **Bush** bezieht, liegt sicher falsch. Auf den ersten Blick haben die Angriffe auf das World Trade Center eine grosse Rolle gespielt. Ich war damals selbst in New York und habe erlebt, wie für die Amerikaner eine Welt zusammenbrach: Das jahrhundertealte Gefühl der Unverletzbarkeit war mit einem Schlag zerstört worden. Wie schockierend dieses Erlebnis für die Amerikaner war, wird in Europa gemeinhin unterschätzt. Dennoch glaube ich, dass 9/11 die Unterschiede zwischen den USA und Europa nicht erzeugt, sondern bloss besser sichtbar gemacht hat. Fakt ist: Die USA haben auf den Angriff so reagiert, wie ein Nationalstaat dies von jeher getan hat. Mit einem mehr oder weniger unilateralen Gegenschlag. Das fiel ihnen umso leichter, als in ihrer Geschichte die nationalen Interessen stets überwogen haben und sie damit auch keine schlechten Erfahrungen gemacht haben.

In Europa liegen die Dinge ganz anders: Seit dem Zweiten Weltkrieg ist der Nationalstaat diskreditiert, und im Prozess der europäischen Einigung haben die Europäer gelernt, dass supranationale Interessen vorangehen können und dass daraus niemandem Nachteile entstehen. Vermutlich glauben die Europäer aus diesem Grund, dass ein ähnlicher Lernprozess auch im Weltmassstab denkbar ist, dass die Uno für die Welt die gleiche Bedeutung erhalten könnte wie die EU für Europa.

„Die Weltwoche“: **Sind die Europäer realistisch? Kann die supranationale Verheissung halten, was sie verspricht?**

Kurzfristig, im Fall einer realen terroristischen Bedrohung, haben die USA sicher richtig gehandelt. Langfristig – und wenn es um Themen wie globale Erwärmung oder die Bekämpfung von Aids geht – kommen wir um eine globale Zusammenarbeit nicht herum. Wenn das aber funktionieren soll, müssen die Partner etwa gleich stark sein.

„Die Weltwoche“: **Könnte man die Nationalstaaten nicht auch wie Unternehmen betrachten? Unter ihnen herrscht ein gesunder Wettbewerb, der die besten Lösungen bringt. Schliessen supranationale Institutionen diesen Wettbewerb nicht aus, verhindern sie nicht kluge Lösungen?**

Da muss ich widersprechen: Wir leben ja heute in einer globalen Nachbarschaft. Probleme, die in einem Nationalstaat entstehen, werden in ein anderes Land exportiert. Zusammenarbeit ist unabdingbar, und dazu bedarf es internationaler Institutionen.

„Die Weltwoche“: **Wie gross ist die kulturelle Entfremdung zwischen den USA und Europa?**

Wenn wir die Statistiken betrachten, erkennen wir eine gewaltige Diskrepanz: Über die Hälfte der Amerikaner geht regelmässig in die Kirche, in Europa ist das eine verschwindende Minderheit. Manche Europäer neigen dazu, die Amerikaner deshalb für besonders konservativ zu halten. Sie liegen falsch: Ich glaube, dass man in der heutigen komplexen Welt ein Wertesystem braucht, um verantwortlich handeln zu können. Im Gegensatz zu den Amerikanern sind wir in Europa stark verunsichert. Das erkennt man an der Debatte, die sich um die Aufnahme der Türkei in die EU dreht. Wo endet Europa, was macht es aus? Das Gleiche zeigt sich in Holland, wo man nicht mehr weiss, was von der multikulturellen Gesellschaft zu halten ist. Weit stärker als die Amerikaner laborieren wir Europäer an einer Identitätskrise und wissen nicht, wie wir die Zukunft meistern.

„Die Weltwoche“: **Woran liegt das?**

Drei Faktoren: Die europäische Einigung hat – bei allen Vorzügen – die Identität der alten Nationalstaaten in Europa abgeschleift. Das Gleiche bewirkt die Immigration. Europa hat immer Einwanderer aufgenommen, aber nie so viele in derart kurzer Zeit. Schliesslich haben die 68er in Europa einen nachhaltigeren Einfluss entfaltet als die Anti-Vietnamkrieg-Bewegung in den USA. Den 68ern gelang es, die gesellschaftliche Liberalisierung voranzutreiben. Davon kann man halten, was man will, sicher ist: Diese Entwicklung hat die Werte relativiert. Das ist erfreulich, weil es die Toleranz vergrösserte, das ist problematisch, weil die eigene kulturelle Identität erodierte.

„Die Weltwoche“: **Trotz Europa-Euphorie sind die nationalen Identitäten nach wie vor sehr stark – sie zu betonen, ist allerdings nicht mehr schick. Wäre der Nationalstaat Geschichte, würde es den westeuropäischen Ländern kaum so schwer fallen, die Immigranten aus Nordafrika zu integrieren.**

Einspruch: Das europäische Selbstverständnis war früher nationalstaatlich bedingt, und Spuren davon sind nach wie vor sichtbar – ohne Zweifel. Aber zusehends entwickelten die Europäer eine neue kollektive Identität, die auf drei Pfeilern ruht: der gemeinsamen Geschichte, der gemeinsamen christlichen Religion und der sozialen Marktwirtschaft, einem Wirtschaftssystem, das Wettbewerb mit sozialer Verantwortung verband. Womit man sich – aus der Sicht der Europäer – wohltuend vom amerikanischen Kapitalismus abhob. Darauf waren wir immer stolz, auch ich bin mit der sozialen Marktwirtschaft aufgewachsen. Zwei dieser drei Pfeiler wanken heute: Die Einwanderer aus den muslimischen Ländern und die allfällige Aufnahme der Türkei relativieren das christliche Selbstverständnis – wobei ich das überhaupt nicht bewerten möchte.

Ebenso ist die soziale Marktwirtschaft unter Druck, nicht aus ideologischen Gründen, sondern durch die Fakten eines härteren internationalen Wettbewerbs. Das sind die Gründe, warum die Europäer viel stärker verunsichert sind als die Amerikaner, denn sie stützen sich auf eine ungebrochene nationalstaatliche Tradition.

„Die Weltwoche“: **Welchem Modell gehört die Zukunft? Dem europäischen oder dem amerikanischen?**

Ich denke, dass der amerikanische Ansatz langfristig eher überlebensfähig ist. Sollte die Asiatisierung der Weltwirtschaft weiter fortschreiten – und davon gehe ich aus –, dann werden die Europäer noch stärker unter Druck kommen. Das hat nichts mit ideologischen Vorlieben zu tun, sondern ist eine Tatsache.

„Die Weltwoche“: **Warum sind die Amerikaner besser darauf vorbereitet?**

Dank ihren ausgezeichneten Elite-Universitäten bilden die Amerikaner die innovativeren Leute aus, die dem Wettbewerb besser gewachsen sind. Weil die Amerikaner in ihrer Kultur und ihren Werten die Eigenverantwortung mehr betonen, wachsen mehr Unternehmer heran.

„Die Weltwoche“: **Ist der Zug für die Europäer schon abgefahren?**

Noch nicht, aber er steht am Perron zur Abfahrt bereit. Immerhin haben die Europäer den Ernst der Lage erkannt – wie beispielsweise in Deutschland, wo Reformen umgesetzt werden, die noch vor kurzem undenkbar gewesen wären. Offen ist jedoch, ob die Bevölkerung dafür bereit ist – ob die Wähler sich im Klaren sind, dass sie auf Dinge verzichten müssen.

„Die Weltwoche“: **Wo steht die Schweiz?**

Sie hinkt hinterher. Das ist gut, weil man einige Fehler nicht macht. Das ist schlecht, weil man wertvolle Zeit verstreichen lässt.

„Die Weltwoche“: **Ist die Schweiz überhaupt noch ein liberales Land, oder hat sie sich längst dem europäischen Mainstream angeglichen?**

Was verstehen Sie unter europäischem Mainstream?

„Die Weltwoche“: **Man glaubt an den Staat und lässt ihn unbekümmert wachsen.**

Europa ist längst wieder liberaler geworden. Dennoch gebe ich Ihnen Recht, die Schweiz unterscheidet sich in manchen Dingen nicht mehr so deutlich von anderen Ländern.

„Die Weltwoche“: **Wäre für die Schweiz ein EU-Beitritt von Vorteil?**

Wir sind eine europäische Schicksalsgemeinschaft, die Schweiz kann sich da langfristig nicht ausschliessen. Trotz Rückschritten ist die europäische Einigung eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Die Schweiz könnte der EU viel bringen, doch zurzeit würde ich mit einem Beitritt zuwarten – auf den Zeitpunkt kommt es an. Vor drei Jahren hätte ich empfohlen, möglichst bald beizutreten.

„Die Weltwoche“: **Was hat sich in der Zwischenzeit geändert?**

Zurzeit ist zu unklar, wie Europa endgültig aussieht – und dabei denke ich nicht nur an die Frage der Türkei, sondern auch im Osten ist offen, wie weit die EU sich ausweitet. Solange diese Ungewissheit besteht, halte ich es für klüger, draussen zu bleiben.

„Die Weltwoche“: **In Amerika nimmt man die islamistischen Terroristen sehr ernst und hat ihnen den «Krieg» erklärt, in Europa tut man sich damit schwer und hält die amerikanische Methode für verfehlt. Wer hat Recht?**

Die islamistischen Terroristen kann man nicht überschätzen: Sie haben ein klares Ziel und schrecken vor nichts zurück. Sie wollen eine Art Kalifat wiedererrichten sowie die Trennung von Religion und Staat beseitigen. Das alles würde rückgängig machen, was die Moderne uns gebracht hat. Mich erinnert die Lage an 1933, genauso wie der Nationalsozialismus eine tödliche Bedrohung für liberale Gesellschaften darstellte, genauso gefährlich ist der Islamismus. Die

Terroranschläge in New York, Madrid und im Irak sind dabei bloss Scharmützel eines gewaltigen Konfliktes, der uns lange beschäftigen wird.

„Die Weltwoche“: **Sind die Europäer naiv?**

Die Amerikaner haben eine Schocktherapie erlitten. Aber der Unterschied liegt woanders. In den USA sieht man den Terrorismus als einen Krieg gegen einen nichtstaatlichen Akteur an, der vielleicht über Massenvernichtungswaffen verfügt, der eine Strategie hat und der mobilisieren kann. Man hält den Terrorismus für einen Gegner wie in einem echten Krieg – bloss ist unklar, wo die Fronten verlaufen. Wir Europäer dagegen haben eine andere Einstellung zum Terrorismus: Uns prägen die Erfahrungen, die wir mit der RAF oder den Brigate Rosse gemacht haben. In Europa will man im Terrorismus keinen langfristigen Gegner erkennen, welcher das ganze staatliche Leben zerstören kann. Sondern man glaubt, es handle sich um eine kleine Gruppe von Verrückten oder Irregeleiteten, die punktuelle Aktionen ausüben.

Die deutsche Regierung hat die Baader-Meinhof-Gruppe nie als eine existenzbedrohende Gefahr aufgefasst – trotz aller Rhetorik. Indem man diese historische Erfahrung auf heute überträgt, verkennt man den wahren Charakter des islamistischen Terrors.

„Die Weltwoche“: **Liegt es daran, dass die 68er Europa nachhaltiger geprägt haben? Wer 1968 politisiert wurde, hatte stets ein besonderes Verhältnis zu den ehemaligen Genossen in der RAF. Man kannte sich teilweise – und man hatte Verständnis für deren Motive.**

Ohne jeden Zweifel. Man sieht das ja an der Ambivalenz, welche sich in Europa offenbart, wenn es um Gewalt geht. Es ist eine Art moralische Zweideutigkeit, die stark verbreitet ist. In der öffentlichen Meinung in Europa schwingt das Gefühl mit: «Ja, diese Terroristen. Irgendwo verfolgen sie eben doch ein ideelles Ziel. Im Grunde genommen sind das nur fehlgeleitete Idealisten.»

„Die Weltwoche“: **Eine Auffassung, die in den USA fast sektiererisch wirkt. Profitieren von dieser Ambivalenz auch gewalttätige Globalisierungskritiker? Was auch immer man ihnen vorhalten mag, ein wenig Verständnis ist vorhanden. Dahinter steckt ein tiefes Misstrauen der Europäer: Eigentlich ist der Kapitalismus eben doch nicht gut.**

Richtig. Irgendetwas ist falsch daran. Der Kapitalismus muss bekämpft werden.

„Die Weltwoche“: **Wie lange werden die 68er die öffentliche Debatte noch bestimmen?**

Ich glaube, das ist vorbei. Heute stellt man die bestehenden Verhältnisse nicht mehr in Frage, vielmehr fürchtet man sich davor, dass wir uns diese Verhältnisse nicht mehr leisten können. Das System ist nicht grundsätzlich falsch, sondern es ist zu kritisieren, weil es nicht mehr hält, was es einst versprochen hat. Vierzig Jahre lang haben die Menschen gearbeitet, um nachher in Ruhe ihre Pension zu genießen, sie gingen davon aus, dass die Gesundheitsvorsorge gewährleistet ist und die Post um die Ecke um 14 Uhr offen hat. All diese Dinge sind jetzt unter Beschuss. Viele Leute fühlen sich betrogen – und wer ist schuld? Das System, die Globalisierung.

„Die Weltwoche“: **Welches sind die Probleme der Schweiz?**

Ich möchte der Schweiz keine Ratschläge geben. Sie ist immer noch in den Spitzenrängen, sicher leben wir aber mehr von der Substanz als andere Länder.

„Die Weltwoche“: **War die Schweiz zu erfolgreich?**

Ja, das kann man so sagen. Es fehlt uns der Druck. Immer wieder stelle ich fest: Junge Leute, die aus Amerika oder England kommen, haben eine ganz andere Art der Ausbildung hinter sich. Sie sind es gewohnt, unter härtesten Bedingungen zu reüssieren. An den amerikanischen Spitzenuniversitäten herrscht ein scharfer Wettbewerb, mit dem Ergebnis, dass deren Abgänger viel belastbarer und flexibler sind als die Schweizer. Dank einem Stipendium konnte ich als junger Mann in Amerika studieren, das hat mein Leben geprägt, und ich habe sinnvollere Dinge tun können, als wenn ich als Ingenieur in irgendeiner Firma geblieben wäre. Warum schicken wir nicht mehr Schweizer nach Amerika zum Studium?

Mit den überschüssigen Goldreserven der Nationalbank sollte man einen Fonds von 5 Milliarden Franken speisen, und mit dem Ertrag könnten 3000 Studenten in die Welt hinausgeschickt werden: nach den USA, aber auch nach China oder Indien. In zehn Jahren hätten 30000 Junge ein solches Programm absolviert: Stellen Sie sich vor, was das für einen Schwung geben würde.

Quelle: Die Weltwoche Nummer 4, vom 27.01.2005, Seite 49-51. Die Aussagen von Klaus Schwab müssen sich nicht mit denjenigen des Projektteams von ETHistory decken.